

KOMMENTAR



Wohl der Apotheker

Größe: Versandhandel mit Medikamenten verbieten

► STEFAN VETTER (BERLIN)

Wer geglaubt hat, seine verschreibungspflichtigen Arzneien demnächst billiger per Versand zu beziehen als in der heimischen Apotheke, könnte bitter enttäuscht werden. Gesundheitsminister Hermann Gröhe von der CDU ist wild entschlossen, entsprechenden Online-Bestellungen einen gesetzlichen Riegel vorzuschieben. Offenbar geht es ihm mehr um das Wohl der Apotheker als um das der Patienten.

Zweifelloso kämpfen nicht wenige Pharmazeuten ums geschäftliche Überleben. Insbesondere in strukturschwachen Regionen müssen kleine Apotheken die Konkurrenz aus dem Netz fürchten, für die der Europäische Gerichtshof kürzlich grünes Licht gegeben hatte. Allerdings machen dort auch Arztpraxen dicht, was den ortsansässigen Apotheken die Bilanzzahlen vermiest und sie gleich mit in Bedrängnis bringt. Insofern sind Internet-Apotheken eben auch eine gute Alternative. Das Argu-

ment der vermeintlich unerlässlichen Vor-Ort-Beratung zieht ebenfalls wenig. Denn ein verschreibungspflichtiges Medikament heißt deshalb so, weil es der Arzt verordnet hat. Anders als bei frei erhältlichen Präparaten sollte der Patient deshalb im Bilde sein, was er da genau einnimmt und weswegen. Und wenn ein Mittel dauerhaft benötigt wird, braucht es ohnehin keine immer wiederkehrende Information – der Patient weiß, woran er ist.

Zweifellos wittern die Krankenkassen durch den Online-Versandhandel ein gewisses Einsparpotenzial. Aber die Patienten hätten davon eben auch ihren finanziellen Vorteil. In Zeiten rasanter wirtschaftlicher Veränderungen wäre es sicher ein Anachronismus, ausgerechnet um die Apotheken politisch einen Schutzzaun zu ziehen. Man darf gespannt sein, ob die SPD das dem CDU-Gesundheitsminister durchgehen lässt.

► an-politik@zeitungsverlag-aachen.de

DAS POLITISCHE BUCH

Über den Kapitalismus

Was ist eigentlich Kapitalismus? Wo liegen seine Stärken, wo seine Schwächen? Wann lässt er Wachstum und Wohlstand entstehen? Wann produziert er Ungleichheit und Ungerechtigkeit, die ihn selbst infrage stellen? Es sind die immer gleichen Fragen, mit denen sich Philosophen und Wirtschaftswissenschaftler schon seit langem beschäftigen. Die derzeit vorherrschende ökonomische Lehre macht es sich einfach. Der Kapitalismus funktioniert in ihren Augen dann am besten, wenn die Märkte entfesselt werden, weil sie sich in nahezu perfekter Weise selbst regulieren. Doch diese in den vergangenen Jahrzehnten von neoliberalen Wirtschaftswissenschaftlern propagierte und von den meisten Regierungen umgesetzte These hat sich spätestens seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise als völliger Irrglaube erwiesen.

Trotzdem tut sich das Gros der Mainstream-Ökonomen schwer, Konsequenzen aus dem Desaster zu ziehen. „Viele von ihnen verschanzten sich weiterhin dogmatisch hinter mathematischen, realitätsfernen Rechenmodellen“, beklagt die Journalistin Ulrike Herrmann. „Sie haben das Fach mit ihren Theorien direkt in eine Art fiktives Mittelalter zurückgeführt und keinen Begriff davon, was es bedeutet, in einem voll ausgereiften Kapitalismus zu leben, in dem Großkonzerne herrschen und Banken das Geld aus dem Nichts schöpfen.“ Herrmann, gelernte Bankkauffrau, sieht die Wissenschaft von der Ökonomie deshalb in einer tiefen Krise.

Ein Grund dafür: An den

Hochschulen werden die großen Klassiker des Fachs „kaum, verzerrt oder gar nicht mehr gelesen“. Dabei hätten – so Herrmann – Adam Smith, Karl Marx oder John Maynard Keynes schon vor geraumer Zeit den Kapitalismus analysiert und Lösungsansätze diskutiert, die deutlich präziser seien, als die auf reines Marktdenken reduzierte Welt des Neoliberalismus.

Was in ihren Augen an den Universitäten versäumt wird, versucht Herrmann nun mit ihrem neuen Buch „Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung“ zu leisten. In ihrer Arbeit stellt sie nochmals die Grundgedanken der großen ökonomischen Denker vor und beschreibt, wie sie häufig falsch interpretiert werden. Das klingt nach schwerer Kost, nach viel Theorie und nach einem Text, der sich vornehmlich an ein Fachpublikum richtet. Doch der Taz-Autorin ist eine bemerkenswerte Gratwanderung gelungen. Mit leichter Hand stellt sie komplexe Ideenwelten vor, bleibt auch für ein breiteres Publikum verständlich, ohne dabei an inhaltlicher Tiefe und Schärfe zu verlieren. Ihr Buch ist deshalb nicht nur eine heftige Abrechnung mit einem Teil des deutschen Wissenschaftsbetriebes. Es ist auch ein gelungenes Stück politischer Bildung.

Joachim Zinsen



Ulrike Herrmann: Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung – was wir von Smith, Marx und Keynes lernen können. Westend-Verlag. Preis: 18 Euro

ZUR PERSON

Erwartungen gedämpft



► ANDREA NAHLES
Bundessozialministerin

Bundessozialministerin Andrea Nahles (SPD) hat Erwartungen an die geplante Rentenreform gedämpft. „Ich kann nicht versprechen, dass die Bäume in den Himmel wachsen“, sagte Nahles gestern bei einem Kongress der IG Metall in Berlin. Zugleich machte sie deutlich, dass sie eine dauerhafte Stärkung der ersten Säule, der gesetzlichen Rente, anstrebt: „Ihr könnt Euch auf mich verlassen, wenn es darum geht, die gesetzliche Rentenversicherung zukunftsfähig für die nächsten 50, 60 Jahre zu machen.“ Für Jüngere seien bezahlbare

Beiträge wichtig – aber auch, dass sie aus der Rentenkasse dann etwas herausbekommen. Dazu brauche es künftig ein höheres Rentenniveau als prognostiziert. „Wir brauchen eine anständige Haltelinie und ein vernünftiges Rentenniveau“, bekräftigte Nahles.

Im Ringen um eine Rentenreform drängen CDU und SPD Kanzlerin Angela Merkel, die CSU-Forderung nach mehr Mütterrente abzuwehren. Die Mehrkosten von sechs Milliarden Euro pro Jahr fehlten sonst für wichtige Projekte, mahnten Christ- sowie Sozialdemokraten gestern vor einem Treffen der CDU-Chefin mit dem CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer. Linksfraktionschef Dietmar Bartsch sagte, die Rente sei von zukunftsweisender Bedeutung und werde deshalb Wahlkampfthema sein. (dpa)

„Aufstand der Anständigen“

„Populisten haben für alles einen Sündenbock, aber für nichts eine Lösung“, sagt EU-Parlamentspräsident **Martin Schulz** (SPD). Es lohne sich, für Europa und seine Werte zu kämpfen, für jeden – und „jeden Tag“.

VON BERND MATHIEU

Aachen. Ihn treibt die Sorge um Europa um: **Martin Schulz**, der Präsident des Europaparlaments, will den gesellschaftlichen Widerstand mobilisieren. Widerstand gegen Menschenverächter, gegen Populisten, gegen „die Feinde der Freiheit“. Im Interview mit unserer Zeitung erklärt der Sozialdemokrat, warum die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nur von einem geeinten Europa bewältigt werden können.

Sie wollen, so Ihr Appell, „das Feld nicht den großen Vereinfachern überlassen“. Wer ist da besonders gefordert?

Schulz: Wir alle sind gefordert, egal ob in der Politik, im Verein, in den Medien oder im Betrieb. Wir müssen den Le Pens, Trumps, UKIPs, der AfD laut und deutlich widersprechen und klar sagen, was sie sind: Feinde der Freiheit und Propagandisten des Nationalismus, des Gegeneinander, der Hetze. Was wir brauchen, ist ein Aufstand der Anständigen, wie das Gerhard Schröder einmal genannt hat, um gegen diese Menschenverächter zu mobilisieren und unser europäisches Gesellschaftsmodell zu verteidigen. Und wir müssen deutlich machen, dass wir ihr Spiel durchschauen: Für alle haben die Populisten einen Sündenbock, aber für nichts eine Lösung. Mal ist es der Islam, mal die Flüchtlinge, mal die EU, mal Homosexuelle, mal die Parteien, mal die Lügenpresse.

Welche Rolle spielen da die Kirchen, die Religion, die immer wieder genannten christlichen Werte?

Schulz: Sie bieten Orientierung in Zeiten zunehmender Orientierungslosigkeit, in Zeiten, in denen viele Menschen nach Gemeinschaft, nach Sicherheit, nach Gewissheiten und nach Halt suchen. Die Werte der europäischen Integration, nämlich Zusammenarbeit, gegenseitiger Respekt, Solidarität und das Bewusstsein, dass man als Gemeinschaft stärker ist als allein, sind auch die Werte, für die etwa Papst Franziskus eintritt. Man kann die Rolle der Kirchen und der Religion deshalb gar nicht hoch genug einschätzen. Für mich gilt: Es spielt keine Rolle, ob jemand aus einer religiösen – sei es christlich, jüdisch oder muslimisch – Motivation oder aus einer anderen ethischen Grundlage zum Humanismus findet. Entscheidend ist, dass man das Miteinander und Verbindende sucht.

Woran droht die EU zu scheitern: an mangelnden Werten, an nicht mehr vorhandenen gemeinsamen Perspektiven, am fehlenden Konsens über die Frage der Gerechtigkeit oder woran?

Schulz: Die junge Generation weiß nach meiner Beobachtung genauso wie ihre Großeltern-Genera-



In tiefer Sorge um Europa: Martin Schulz, Präsident des Europaparlaments.

Foto: Imago/Reiner Zensen

ration sehr genau, wo wichtig die europäische Integration ist. Was mir aber große Sorge macht, ist die Gleichgültigkeit, die vielerorts um sich greift, gerade auch in Regierungszentralen. Die EU droht zu scheitern? Nun, dann scheitert sie eben, es wird schon weiter gehen. Diese Geschichtsvergessenheit, diese Blauäugigkeit und diese Verantwortungslosigkeit machen

EU-Ländern hinterherlaufen, nicht mehr vermittelbar?

Schulz: Ich glaube schon, dass wir den Menschen, auch jenen, die derzeit den Spaltem und Vereinfachern folgen, klar machen können, dass ein Rückzug in die nationalstaatliche Idylle kein einziges Problem lösen würde, im Gegenteil. Dass es absurd ist, zu glauben, ein Land allein könnte die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts lösen, egal ob Klimawandel, Migration, Handel, Steuerflucht, Digitalisierung, internationale Kriminalität und und und. Ich bin sicher, dass die Grundidee der EU, nämlich sich unterzuhalten und Probleme gemeinsam anzupacken, weil man so stärker und durchschlagskräftiger ist, nach wie vor trägt und dass die Menschen das sehr wohl verstehen. Wir müssen nur viel offensiver und leidenschaftlicher für Europa und diese großartige Idee kämpfen und dürfen den Populisten nicht das Feld überlassen. Die schreien und poltern zwar am lautesten, aber recht haben sie deswegen noch lange nicht.

Wie lautet Ihr wichtigster Satz, wenn es um Aufbruch, Engagement und Herzblut für Europa geht?

Schulz: Was wir in Europa geschaffen haben, ist nichts anderes als Realität gewordene Utopie. Deshalb ist Europa für so viele Menschen auf der Welt Sehnsuchtsort, Hoffnung und ein Beispiel, dem man folgen will. Die Europäische

Union steht für Miteinander statt Gegeneinander, für Einbeziehung statt Ausgrenzung, für Solidarität nach innen und zwischen den Völkern, für Dialog, Respekt, Zusammenarbeit und Frieden. Für all das lohnt es sich zu kämpfen. Jeden Tag.

Martin Schulz spricht in Aachen über Europa

Seit knapp 60 Jahren gilt Europa als Wegbereiter und Garant von Frieden, Freiheit und Wohlstand. Heute ist aus diesem Jahrhundertwerk für viele Menschen eine ungeliebte Eurokratie geworden, die an ihren Herausforderungen wie Migration, Terrorismus und Arbeitslosigkeit zu scheitern droht. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz meint jedoch, dass wir „das Feld nicht den großen Vereinfachern überlassen dürfen“.

Im Rahmen des Jahrestreffens der Europäischen Stiftung Aachener Dom spricht Schulz am Samstag, 5. November, zum Thema „Aufbruch in Europa – mit Herzblut und Leidenschaft“. Beginn der Veranstaltung ist um 14 Uhr im Kärman-Auditorium der RWTH Aachen, Eilfschornsteinstraße 15.

Im Anschluss an den Vortrag wird Bernd Mathieu, Chefredakteur unserer Zeitung, mit Martin Schulz über seine Thesen diskutieren.

„Diese Blauäugigkeit macht mich fassungslos.“

MARTIN SCHULZ ÜBER DIE UM SICH GREIFENDE EUROPÄISCHKEIT

mich fassungslos. Man kann es gar nicht oft genug sagen: die europäische Integration ist das Beste, was diesem Kontinent je passiert ist, sie ist der Grund für den Wohlstand, den Frieden und die Sicherheit, die wir seit über 70 Jahren genießen. Das ist beispiellos. Wollen wir das wirklich leichtfertig aufs Spiel setzen? Wir müssen endlich damit aufhören, diese Errungenschaften als gegeben hinzunehmen. Das sind sie nicht. Sie sind das Produkt der europäischen Zusammenarbeit.

In Zeiten der Globalisierung hat nur ein weltoffenes und vor allem auch selbstbewusstes Europa eine Chance. Warum ist das für viele, die den Vereinfachern in zahlreichen

Mindestlohn: Ausnahmen kaum genutzt

Expertin der Grünen fordert die Abschaffung der Sonderregelung für Langzeitarbeitslose

VON STEFAN VETTER

Berlin. Mit Ausnahmen vom Mindestlohn wollte die Bundesregierung mehr Langzeitarbeitslose in Lohn und Brot bringen. Doch die bei der Einführung 2015 höchst umstrittene Regelung wird kaum genutzt. Die Grünen fordern deshalb, den Passus im Gesetz schleunigst zu streichen.

So war der Plan: Um die Einstellungsbarrieren für Arbeitslose, die ein Jahr und länger ohne Beschäftigung sind, nicht zu erhöhen, sollten sie auch unterhalb des Mindestlohns von derzeit 8,50 Euro bezahlt werden können. Auf Drängen der Union wurde im Mindestlohngesetz deshalb eine Frist von maximal sechs Monaten verankert, in der die Lohnuntergrenze unterlaufen werden kann.

Doch niemand scheint diese Ausnahme zu brauchen. Von August 2015 bis September dieses Jahres haben die zuständigen Behörden nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) lediglich 2708 Bescheinigungen über das



Plädiert für die Abschaffung einer der Ausnahmen vom Mindestlohn: Brigitte Pothmer. Foto: dpa

Vorliegen von Langzeitarbeitslosigkeit ausgestellt. Damit wurden in diesem Zeitraum nur etwa 0,26 Prozent der potenziellen Zielgruppe erreicht. Erschwerend kommt hinzu, dass die Ausstellung einer Bescheinigung laut BA nicht gleichbedeutend mit einer tatsächlichen Arbeitsaufnahme ist.

Die Zahl der über die Mindestlohn-Ausnahme in Arbeit gekommenen Personen dürfte damit also noch geringer sein. Aktuell gibt es in Deutschland 965 000 Langzeitarbeitslose.

„Offenbar schauen Arbeitgeber nicht in erster Linie darauf, ob sie bei Einstellungen den Mindestlohn sparen können. Vielmehr geht es ihnen um passende Arbeitskräfte“, erläuterte eine BA-Sprecherin gestern auf Anfrage. Nach Ansicht der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der Grünen, Brigitte Pothmer, werden Langzeitarbeitslose durch diese Regelung diskriminiert, gelte sie doch unabhängig von den Kompetenzen der Betroffenen. „Das führt dazu, dass alle Langzeitarbeitslosen in einen Topf geworfen werden, nach dem Motto, die können nichts, die kriegen die Betriebe billiger“, kritisierte Pothmer. Dabei verdiene jeder zweite Langzeitarbeitslose, der

einen Job bekomme, mehr als 8,50 Euro. „Das spricht doch für ihre Fähigkeiten“, so die Grüne.

Nach dem Mindestlohngesetz hätte die Bundesregierung bereits zum 1. Juni den zuständigen Ausschuss des Bundestages über die arbeitsmarktpolitische Wirkung

„Offenbar schauen Arbeitgeber nicht in erster Linie darauf, ob sie bei Einstellungen den Mindestlohn umgehen können.“

BRIGITTE POTHMER (GRÜNE)

Mindestlohn-Ausnahme unterrichten müssen – verbunden mit einer Einschätzung, „ob diese Regelung fortbestehen soll“. Geschehen sei aber nichts dergleichen, rügte Pothmer. „Fünf Monate Totstellreflex sind genug. Alle Argumente sprechen für die Abschaffung.“